

Hohe Verunsicherung, aber Potenzial nach oben – IW-Konjunkturprognose 2006

Arbeitsgruppe Konjunktur*, Oktober 2005

Die deutsche Wirtschaft wächst auch weiterhin nur ausgesprochen schwach. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahr 2006 nur um 1,1 Prozent zulegen. Die moderate Erholung wird nach wie vor vom Export getragen. Erfreulicherweise werden die weiter boomende Weltwirtschaft und der deutsche Außenhandel zusehends die Ausüstungsinvestitionen stimulieren. Damit gewinnt die konjunkturelle Entwicklung an Breite, was wiederum das Potenzial für einen sich allmählich auch selbst tragenden Aufschwung in Deutschland stärkt. Allerdings kommt der Konsum wegen des sich nur zögerlich belebenden Arbeitsmarktes und der hohen Energiepreise nicht in Schwung. Der öffentliche Haushalt kann hinsichtlich des Finanzierungssaldos erstmals nach vier Jahren wieder das Maastricht-Kriterium einhalten. Neben der Ölpreisentwicklung stellt die künftige wirtschaftspolitische Gangart in Deutschland ein Konjunktur- und Prognoserisiko dar. Außerdem muss die Lohnpolitik ihren Weg beschäftigungsorientierter Abschlüsse und betrieblicher Differenzierung fortsetzen. Es wäre fatal, wenn in einem chancenreichen Umfeld bei den Arbeitskosten ein Rückschlag zu verzeichnen wäre.

Stabiles Wachstum der Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor auf einem steilen Wachstumspfad. Nach dem Anstieg des globalen realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 5 Prozent im Jahr 2004 – dem höchsten Anstieg seit 1976 – wird die Weltproduktion im Jahr 2005 um weitere 4 Prozent zulegen. Die nur etwas niedrigere Schlagzahl ergibt sich vor allem aus den Zinserhöhungen und dem Auslaufen zahlreicher Steuererleichterungen in den USA. Als ein zusätzlicher Störfaktor gilt der weltweit starke Anstieg der Ölpreise. Die Weltwirtschaft erweist sich aber trotz dieser dämpfend wirkenden Ereignisse als robust. Die großen Wachstumsmotoren USA und China sind in einer soliden Verfassung und erzeugen durch ihren Importsog nach wie vor Wachstumsimpulse in anderen Ländern. Die USA werden weiterhin die Weltkonjunktur antreiben. Auch Asien wird im nächsten Jahr mit hohen Wachs-

* Ralf Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Rolf Kroker, Christof Römer und Holger Schäfer.

tumsraten aufwarten – dabei konsolidiert sich die japanische Erholung. Der Schwung in Mittel- und Osteuropa hält ebenfalls an. Allein Westeuropa fällt durch sein moderates Wachstumstempo aus dem Rahmen. Für das Jahr 2006 kann mit einem Anstieg der weltweiten realen Produktion um gut 4 Prozent gerechnet werden, das Welthandelsvolumen wird um etwa 7,5 Prozent ansteigen. Dabei ist die Krisenanfälligkeit heute geringer. Die Krisen der neunziger Jahre in verschiedenen Regionen der Emerging Markets – zum Beispiel die Asien- und Russlandkrise oder auch die Turbulenzen in einigen lateinamerikanischen Ländern – haben zumindest für einen längeren Zeitraum über die Verarbeitung der Krisen das Risikopotenzial dieser Volkswirtschaften gemindert. Ebenso sollte nicht vergessen werden, dass die Finanzinnovationen – insbesondere im Risikomanagement – der letzten Dekade zusammen mit dem kommunikationstechnischen Fortschritt die wirtschaftliche Entwicklung zu glätten vermögen. Offensichtlich verfügen die einzelnen Länder über hinreichend Krisenerfahrung, um wirtschaftliche Gefahrenmomente in Schach zu halten. Dazu gehören neben dem Ölpreisschock die möglichen Gefahren einer platzenden Immobilienpreisblase und die Ungleichgewichte zwischen Sparen und Investieren in einigen Ländern.

Geringere Auswirkungen des Ölschocks

Die hohen Ölpreise stellen ein gewichtiges Konjunktur- und Prognoserisiko dar. Für ein Barrel Rohöl der Sorte Brent mussten Ende August 2005 zeitweilig fast 70 Dollar gezahlt werden – das war rund das Fünffache des Preises von vor zehn Jahren. Gravierender als bei den Preisanstiegen in den Vorjahren wiegt, dass der Ölmarkt erstmalig seit Jahrzehnten an seine Kapazitätsgrenze stößt (Abbildung 1). Mit Ausnahme der Jahre 1979 (zweiter Ölpreisschock) und 1990 (erster Irak-Krieg) lag die Förderkapazität stets deutlich über der Förderung. Somit bestanden mit Ausnahme der erwähnten Engpässe immer genügend Kapazitäten, um auf kurzfristige Nachfragesteigerungen schnell reagieren zu können (Ebner, 2004). Der Preis konnte damit relativ stabil gehalten werden. Derzeit wird die Lage am globalen Ölmarkt durch zwei Entwicklungen geprägt:

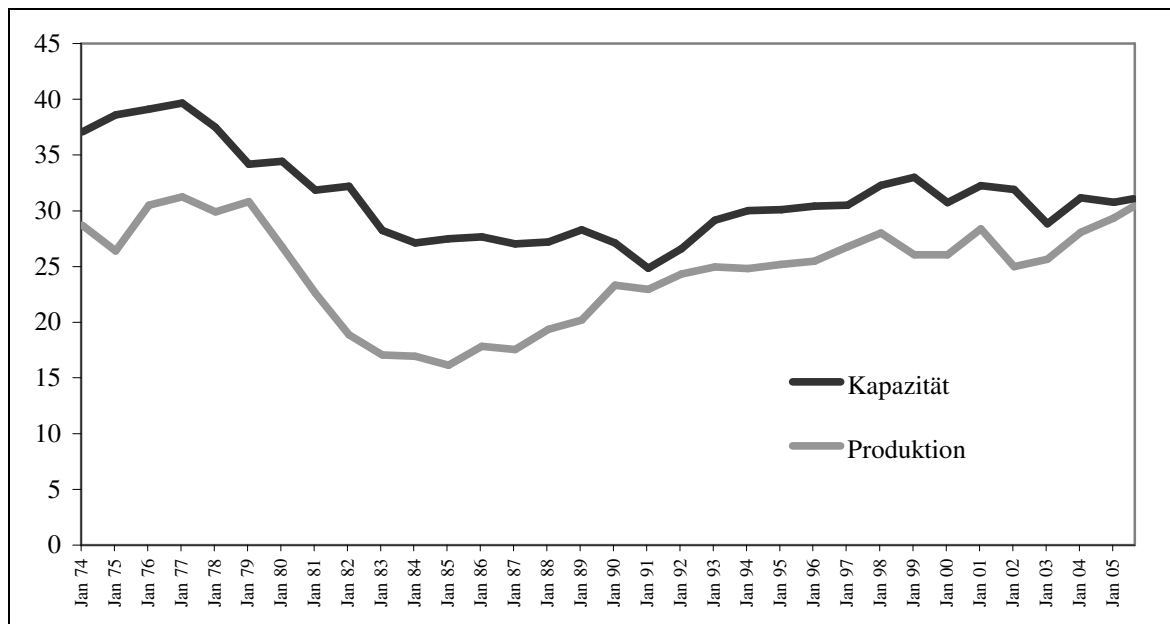
- Zum einen erschienen Investitionen in den Ölsektoren vor allem vor dem Hintergrund der Länderkrisen in den späten neunziger Jahren und infolge des New-Economy-Booms, die insgesamt den Ölpreis sinken ließen, zunehmend unrentabel. In der Folge wurden Überkapazitäten abgebaut. Ebenso sind die marginalen Erschließungskosten in den vergangenen Jahren gestiegen, da ausländischen Investoren der Zutritt zu einem Großteil der weltweiten Ölreserven verwehrt blieb (Ebner, 2004). Im Ergebnis hatte dies zur Folge, dass große Investitionen in die Angebotsausweitung in den letzten Jahren unterblieben.
- Zum anderen hat aber die Ölnachfrage vor allem durch die zunehmende Industrialisierung Chinas kontinuierlich zugenommen. Zusätzlich war die hohe Volatilität des Ölpreises

auf eine zunehmende Verknappung der Lagerbestände zurückzuführen. Internationale Investoren reagierten damit sensibler auf negative Meldungen, etwa Streiks oder Hurrikans.

Abbildung 1

Produktion und Produktionskapazitäten am Ölmarkt

Produktion und Förderkapazitäten der OPEC in Millionen Barrel pro Tag



Quelle: DekaBank

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Trotz der in den vergangenen Monaten stark gestiegenen Ölpreise zeigen sich die konjunkturelle Entwicklung der Weltwirtschaft und vor allem die der USA erstaunlich robust. Die Volkswirtschaften scheinen heute im Gegensatz zu den Ölpreisschocks Mitte der siebziger und Anfang der achtziger Jahre weniger anfällig zu sein. Berechnungen (Bandholz et al., 2005) zeigen, dass ein Ölpreisanstieg um 20 US-Dollar – also ein Plus von rund 50 Prozent gegenüber dem Durchschnittskurs des Jahres 2004 – das Wachstum in den USA und Deutschland nur noch um 0,3 Prozentpunkte dämpft. Bei einem Wachstum von rund 1 Prozent wie in Deutschland ist dieser Effekt allerdings höher einzustufen als in den USA, die mit über 3 Prozent expandieren. Dem standen in Zeiten der beiden ersten Ölpreisschocks noch Wachstumseinbußen in Höhe von 1 Prozentpunkt in den USA und 0,8 Prozentpunkten in Deutschland gegenüber. Für diese geringeren Wachstumseinbußen sorgen gleich mehrere Gründe (Grömling, 2005a; iwd, 2005): Erstens waren die früheren Ölpreisschocks ausschließlich auf – politisch motivierte – Angebotsverknappungen zurückzuführen. Heute trifft ein beschränktes Angebot auf eine stark steigende Nachfrage, weshalb der Ölpreisanstieg auch die Antwort auf eine robuste Weltkonjunktur ist. Zweitens produzieren

die Industrieländer heute weniger energieintensiv. Je Einheit BIP mussten im Jahr 2004 in Deutschland gut 20 Prozent weniger Öl eingesetzt werden als noch im Jahr 1991. Dies geht auf insgesamt effizientere Technologien und den Strukturwandel hin zu einer weniger energieintensiven Dienstleistungsgesellschaft zurück. Drittens profitieren die Industrieländer auch vom Recycling der Petrodollars. Einen Teil der Öleinnahmen investieren die Erdölstaaten an den internationalen Finanzmärkten und tragen damit zu niedrigen Zinsen bei. Des Weiteren kaufen die Ölländer verstärkt Investitions- und Konsumgüter und stimulieren damit den Welthandel. Viertens ist die Gefahr von Zweitrundeneffekten deutlich geringer als früher, weil steigende Ölpreise bislang keine Lohn-Preis-Spirale zur Folge haben. Der Ölpreisschock wird nicht durch einen hausgemachten Arbeitskostenschock verstärkt.

Keine akute Finanzmarktstörung

Die aktuelle Lage auf den internationalen Finanzmärkten ist durch niedrige langfristige Nominal- und Realzinsen gekennzeichnet. Weltweit vertrauen die Finanzmärkte zunehmend den wichtigen Zentralbanken bei der Kontrolle der Inflation mit entsprechend dämpfenden Effekten auf die Inflationserwartungen. Auf Basis inflationsindizierter staatlicher Bonds (Fälligkeit 2012) liegen die Realzinsen derzeit in den USA bei unter 2 Prozent und in Europa knapp unter 1 Prozent. Dass es sich hierbei um ein globales Phänomen handelt, ist offenbar Ausdruck einer weit vorangeschrittenen Integration der Finanzmärkte. In zunehmendem Maß bestimmen die globalen Ersparnisse und globalen Investitionsentscheidungen die lokalen Finanzierungsbedingungen. Das trifft besonders für die USA zu. Nur durch die Bereitschaft internationaler Anleger, Forderungen gegenüber den USA gegen eine relativ niedrige Verzinsung zu akzeptieren, wurde das große Leistungsbilanzdefizit bisher so reibungslos finanziert (Grömling, 2005b). Den Hintergrund bildet eine globale Sparwelle, vor allem in Japan, in asiatischen Emerging Markets und in den Erdöl produzierenden Ländern (IWF, 2005a, 93 ff.). Internationale Anleger aus diesen Ländern und Regionen schließen mit ihrem Sparüberschuss die Sparlücke in den USA, die dort durch zu geringe inländische Ersparnisse der privaten und öffentlichen Haushalte entstanden ist (IWF, 2005b, 12). Die Situation stellt sich heute anders dar als in den achtziger Jahren. Während damals im Wesentlichen Europa und Japan das US-Leistungsbilanzdefizit finanzierten, beteiligen sich heute Regionen, die eigentlich selbst wegen ihres Entwicklungsstands – im Vergleich zu den USA – verstärkt internationales Kapital zur Finanzierung von Investitionen attrahieren könnten. Diese ungewöhnliche Richtung der Finanzströme sollte aber noch nicht als ein Manko interpretiert werden. Offenbar sind die Anleger der Ansicht, dass sich mehr Investitionen lokal derzeit nicht lohnen. Möglicherweise würde sich ein zusätzliches Engagement weniger gut rentieren, gegebenenfalls zu schlechten Schulden werden und

schlimmstenfalls eine Finanzkrise auslösen. Die gegenwärtige Flussrichtung der Kapitalströme ist vielmehr ein Ausdruck der verbesserten Integration der Finanzmärkte.

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2004	2005	2006
Belgien	2,7	1,4	1,9
Deutschland	1,6	0,7	1,1
Finnland	3,6	2,0	2,9
Frankreich	2,0	1,5	1,9
Griechenland	4,2	2,8	2,8
Irland	4,5	4,9	4,8
Italien	1,2	0,0	1,1
Luxemburg	4,4	3,3	3,7
Niederlande	1,7	0,7	1,8
Österreich	2,4	1,8	2,2
Portugal	1,0	0,6	1,3
Spanien	3,1	3,1	3,0
Euroland¹⁾	2,0	1,2	1,7
Dänemark	2,4	2,0	2,1
Japan	2,7	1,9	2,2
Kanada	2,9	2,7	3,1
Norwegen	2,9	2,8	2,9
Schweden	3,6	2,2	2,6
Schweiz	1,7	1,0	1,6
USA	4,2	3,5	3,3
Vereinigtes Königreich	3,2	1,8	2,2
Industrieländer^{1) 2)}	3,6	2,8	2,8

1) Gewicht: BIP 2004. 2) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Die Gesamtlage an den Finanzmärkten wird sich im Jahr 2006 nicht entscheidend verändern. Auch für das nächste Jahr werden keine wesentlich höheren Realzinsen erwartet. Das ist auch das Verdikt des Marktes, wie es etwa durch die Zinsstrukturkurve inflationsgebundener Anleihen wiedergegeben wird (IWF, 2005b, 13). Allerdings ist diese Einschätzung auch mit Unwägbarkeiten hinsichtlich der Spar- und Investitionstätigkeit in den beteiligten Volkswirtschaften – China, USA und andere Länder mit merklichen Ungleichgewichten

zwischen Sparen und Investieren – verbunden. Gleichwohl sind hier keine Umwälzungen im Jahr 2006 zu erwarten. Ein weiteres Charakteristikum, das zusätzlich als Nachweis für die Zuversicht in eine stabile Lage an den internationalen Finanzmärkten gewertet werden kann, sind die niedrigen impliziten Volatilitäten verschiedener Wertpapiere (EZB, 2005, 32 ff.). Daran kann abgelesen werden, dass die Marktteilnehmer die Finanzmarktrisiken als relativ gering ansehen. Die Beurteilung der Lage an den internationalen Finanzmärkten unterstützt damit auch die Annahme, dass die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland weiter günstig bleiben werden. Weder aus konjunktureller Sicht noch mit einem Blick auf die internationalen Finanzmärkte hat die Europäische Zentralbank (EZB) Veranlassung, eine Phase schnell steigender Zinsen einzuleiten. Die kurzfristigen Zinsen werden im nächsten Jahr zwar ansteigen, allerdings werden die Zinsschritte wegen der schwachen Konjunktur moderat sein (bis Ende 2006 maximal 50 Basispunkte). Die ungewöhnlich schnelle Expansion der Geldmenge M3 und die zunehmende Zinsspanne zu den USA legen diese Annahme nahe. Die Kurse für Terminkontrakte unterstützen diese Zinsperspektive (EZB, 2005, 28). Selbst dann wären die Zinsen weiterhin niedrig und würden keine höhere Hürde für die Finanzierung von Investitionen darstellen. Gleichwohl besteht die Gefahr stark steigender Zinsen, wenn die höheren Energiepreise über höhere Arbeitskosten zu einem dauerhaften Inflationsschub führen.

Kein Einbruch der US-Konjunktur in Sicht

Im Laufe des ersten Halbjahres 2005 hat sich das Wachstum der US-Wirtschaft etwas abgeschwächt. Das reale BIP übertraf im ersten Halbjahr dieses Jahres den entsprechenden Vorjahreswert um 3,6 Prozent. Die realen Bruttoanlageinvestitionen nahmen dabei um 7 Prozent zu. Der Zuwachs beim Privaten Konsum hat sich im ersten Halbjahr 2005 mit einem Plus von 3,7 Prozent etwas abgeschwächt, bleibt aber auf einem hohen Niveau. Gestützt wird der Konsum durch eine solide Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die bereits zur zweiten Jahreshälfte 2003 eingesetzt hat. So wurden im Gesamtjahr 2004 fast 2,2 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, im ersten Halbjahr 2005 waren es fast 1,4 Millionen. Die Arbeitslosenquote hat damit einen im Trend sinkenden Verlauf und lag im August bei 4,9 Prozent. Die realen Staatsausgaben bleiben mit einem Anstieg von 1,8 Prozent im ersten Halbjahr expansiv ausgerichtet. Der Außenbeitrag bremst weiterhin das Wachstum. Zwar zeigt sich bei der Exportentwicklung mit Steigerungsraten von 8,4 Prozent im letzten Jahr und 7,5 Prozent im ersten Halbjahr 2005 ein deutlicher Anstieg. Der Importsog bleibt aber nach wie vor stark. Die konjunkturelle Entwicklung wurde zuletzt von der Geld- und Fiskalpolitik weniger stark unterstützt. Der Leitzins wurde von der amerikanischen Zentralbank in elf Schritten auf aktuell 3,75 Prozent angehoben. Gleichwohl hat die Fed Funds Rate noch kein konjunkturneutrales Niveau erreicht. Außerdem liefen zum Ende des Jahres

2004 zahlreiche Steuervergünstigungen aus, was dämpfend auf Konsum und Investitionen wirkt. Insgesamt kann aber sowohl die Geld- als auch die Finanzpolitik in den USA noch als akkomodierend eingestuft werden.

Die Frühindikatoren weisen auf einen weiterhin robusten und nach oben gerichteten, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr etwas abgeschwächten Verlauf der US-Wirtschaft hin. Das reale BIP wird im Jahr 2005 um 3,5 Prozent und im Jahr 2006 um 3,3 Prozent zunehmen. Folgende Gründe sprechen für eine solche Entwicklung:

- Die Geldpolitik wird den Kurs in Richtung eines konjunkturneutralen Zinsniveaus fortsetzen. Dadurch sind mit zeitlicher Verzögerung dämpfende Wirkungen vor allem auf den Privaten Konsum zu erwarten. Vor dem Hintergrund der aktuell auf nur 0,3 Prozent des verfügbaren Einkommens gefallen Sparquote der privaten Haushalte ist kaum noch ein Spielraum für nicht-kreditfinanzierte Konsumsteigerungen gegeben.
- Die Gewinnentwicklung der Unternehmen weist einen stabilen Trend auf, wodurch weiterhin mit einer kräftigen Investitionstätigkeit gerechnet werden kann. Dies wird auch den Arbeitsmarkt weiter festigen.

Trotz des erwarteten robusten Wachstums in den USA bestehen einige Risikofaktoren, die diese Performance gefährden können. Erstens kann das seit Jahren bestehende Twin-Deficit von Leistungsbilanz und öffentlichem Haushalt die Konjunktur über höhere Zinsen beeinträchtigen. Als Folge einer schwächeren US-Konjunktur und möglicherweise größeren Anpassungen bei den Wechselkursen könnte der Welthandel belastet werden, und damit entstünden konjunkturelle Anpassungslasten in anderen Ländern. Zweitens besteht eine konjunkturelle Gefahr vonseiten des Immobilienmarktes. Die Immobilienpreise sind in den vergangenen Jahren in vielen Industrieländern stark angestiegen. In den USA beläuft sich der kumulierte Preisanstieg in den letzten fünf Jahren auf 50 Prozent (Naude, 2005). Als wesentliche Ursache hierfür gelten die im internationalen Durchschnitt historisch niedrigen Zinsen (IWF, 2004), die zu einer Überschussliquidität und damit auf den Immobilien- und Asset-Märkten zu einem Preisdruck geführt haben. Der daraus resultierende Vermögenszuwachs stützt in den USA auch den Privaten Konsum. Eine stärkere Konsolidierung könnte dabei auch schon im kommenden Jahr die US-Konjunktur belasten. Hier liegt auch ein nicht unbeachtliches Risiko für die gesamte Konjunktorentwicklung.

Asien weiter auf Wachstumskurs

Die wirtschaftliche Entwicklung in Asien zeigt sich in einem weiterhin positiven Bild. In den letzten Jahren ist in Japan eine wirtschaftliche Konsolidierung zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 2005 stieg das reale BIP um 1,3 Prozent an. Gegenüber der zweiten Jahres-

hälfte 2004 zeigten sich vor allem der Private Konsum und die Investitionstätigkeit als robust. Letztere hat etwas an Fahrt gewonnen und wird zukünftig den Arbeitsmarkt und den Privaten Konsum weiter stützen. Der Außenbeitrag lieferte demgegenüber im ersten Halbjahr einen negativen Wachstumsimpuls. Nach dem Wahlsieg der vorgezogenen Neuwahlen im September 2005 kann Ministerpräsident Koizumi seine angekündigten strukturellen Reformen – vor allem die in Japan umstrittene Privatisierung der Post – fortsetzen. Dies ist ein positives Signal, vor allem weil die Bevölkerung den Reformprozess offensichtlich begrüßt. Sorgen bereitet nach wie vor die Entwicklung des Staatshaushalts, dessen Defizit immer noch nicht zurückgefahren werden konnte. So wird in diesem Jahr wieder mit einem Staatsdefizit von nahezu 7 Prozent des BIP zu rechnen sein. Die Staatsschulden werden damit die Größenordnung von über 170 Prozent der nominalen jährlichen Wirtschaftsleistung erreichen. Durch die robuste Weltkonjunktur und die sich zunehmend festigende Binnenkonjunktur ist in diesem wie auch im nächsten Jahr in Japan mit einem Wachstum von etwa 2 Prozent zu rechnen.

In China bleibt die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor auf einem hohen Niveau. Nach einem Wirtschaftswachstum von 9,5 Prozent im Jahr 2004 wird in diesem und im nächsten Jahr mit einem Zuwachs beim realen BIP in Höhe von 8,5 Prozent gerechnet. Dämpfende wirtschaftspolitische Maßnahmen seitens der Regierung, die sich etwa in einer restriktiveren Geldpolitik niederschlagen, haben den Wachstumspfad bisher nicht wesentlich beeinflusst. Durch die hohe Investitionsquote von über 40 Prozent des BIP zeigen sich durch die damit einhergehenden Kapazitätsausweitungen in einigen Branchen Überhitzungserscheinungen. Gerade durch die anstehende Öffnung des chinesischen Bankensektors und den damit verbundenen Einstieg vieler ausländischer Banken könnten ein vermeintlich geringeres Kreditvolumen und ein Abbau der Not leidenden Kredite zwar langfristig zu einer Gesundung der Wirtschaft beitragen, kurz- bis mittelfristig aber eine konjunkturelle Anpassungslast darstellen.

Verhaltener Ausblick für Europa

Mit einer Zunahme des realen BIP in Höhe von 1,2 Prozent im ersten Halbjahr 2005 bleibt die Eurozone weit hinter der Entwicklung der anderen großen Wirtschaftsregionen zurück. Dabei hinken vor allem der Private Konsum mit einem Anstieg von 1,2 Prozent und die Bruttoanlageinvestitionen mit einem Anstieg von lediglich 0,9 Prozent deutlich der im vergangenen Jahr erwarteten Steigerung hinterher. Der Außenbeitrag verminderte das Wachstum im ersten Halbjahr um 0,4 Prozentpunkte. Die Exporte stiegen zwar um 3,5 Prozent an, die Importe nahmen dagegen um fast 5 Prozent zu. Neben der Euro-Aufwertung dürfte vor allem der gestiegene Ölpreis für den Importanstieg verantwortlich sein.

Die Wachstumsraten der einzelnen Mitgliedsländer der Eurozone unterscheiden sich im Jahr 2005 deutlich. Wachstumsspitzenreiter ist erneut Irland mit einer Zunahme des realen BIP um 4,9 Prozent. In Spanien, Luxemburg und Griechenland ist ebenfalls eine robuste wirtschaftliche Entwicklung zu erkennen. Neben Deutschland hat sich Italien in diesem Jahr zu einem Sorgenfall entwickelt. Die italienische Wirtschaft wird im Jahr 2005 stagnieren. Mit einem Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent wird Frankreich als zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone deutlich stärker wachsen als Deutschland. Im Unterschied zu Deutschland zeigt sich zwar der Außensektor wesentlich schwächer, dafür ist der Binnensektor in erheblich besserer Verfassung. Wesentlich für die stärkere Wachstumsperformance sind der stärkere Anstieg der privaten Konsumausgaben und eine deutlich höhere Investitionstätigkeit. Der Ausblick für die Eurozone bleibt auch für das Jahr 2006 verhalten. Zweifellos werden einige Länder wie Irland oder Spanien ihre solide Wachstumsperformance weiterführen. Die anhaltenden Strukturprobleme der großen Länder Deutschland und Italien dürften das Wachstum der Eurozone auch im nächsten Jahr deckeln, wodurch sich das Wachstum insgesamt auf nur 1,7 Prozent belaufen wird. Sorgen bereitet vor allem die zunehmende Aushöhlung des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Aller Voraussicht nach wird lediglich Finnland einen positiven und Spanien einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo vorweisen können.

Im Vereinigten Königreich macht sich gegenüber den vergangenen wachstumsstarken Jahren eine Abschwächung bemerkbar. Vor allem die geldpolitische Straffung hat zu einem verlangsamten Anstieg des privaten Verbrauchs geführt. Der Arbeitsmarkt bleibt aber nach wie vor robust, so dass trotz möglicher Vermögensrückgänge durch erste Konsolidierungen auf dem Immobilienmarkt nicht mit einem Einbruch der privaten Konsumausgaben gerechnet wird. Die britische Wirtschaft wird im Jahr 2006 um 2,2 Prozent expandieren.

Erfreulich stimmt die Entwicklung in den neuen mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern zur Europäischen Union. Mit einem Wachstum von etwa 4 Prozent in diesem und im nächsten Jahr wird der Konvergenzprozess weitergehen. Sorgen bereitet in diesen Ländern nach wie vor die Arbeitsmarktentwicklung – in Polen etwa liegt die Arbeitslosenquote bei über 18 Prozent.

Zuversichtliche Ausgangslage in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft ist zwar im zweiten Quartal 2005 auf der Stelle getreten. Gegenüber dem Vorquartal stagnierte das saison- und preisbereinigte BIP. Gleichwohl konnte im zweiten Quartal beim realen BIP ein Zuwachs gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 1,5 Prozent, im ersten Halbjahr immerhin ein Plus von 0,6 Prozent erwirt-

schaftet werden. Beim Blick auf die Verwendungsseite des BIP zeigte sich im ersten Halbjahr 2005 nach wie vor ein gemischtes Bild: Vom Außenbeitrag kamen weiterhin positive Wachstumsbeiträge, wenngleich diese auf Quartalsbasis nunmehr schon seit rund einem Jahr immer schwächer wurden. Dies lag weniger am etwas nachlassenden Exportwachstum als vielmehr am immer stärker expandierenden Import. Aber auch ein Teil der Investitionen stimulierte die Konjunktur. Die Investitionen in Ausrüstungen (+5,7 Prozent), in Sonstige Anlagen (+2,2 Prozent) und vor allem die Vorratsinvestitionen waren im ersten Halbjahr 2005 eine Konjunkturstütze. Die Bauinvestitionen (-5,9 Prozent) und der Konsum (-0,2 Prozent) konnten dagegen das Volumen des entsprechenden Vorjahreszeitraums nicht halten. Beim realen Konsum machten sich mehr und mehr die bremsenden Effekte der steigenden Energiepreise bemerkbar.

Auch beim Blick auf die Entstehungsseite des BIP zeigte sich kein einheitliches Bild. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche haben in den ersten sechs Monaten dieses Jahres merklich unterschiedlich beim Zustandekommen des BIP mitgewirkt. Die stärksten Wachstumsimpulse kamen dabei von der Industrie. Das Verarbeitende Gewerbe, auf das im ersten Halbjahr dieses Jahres 23,5 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung entfielen, expandierte preisbereinigt um 3,2 Prozent. Die konjunkturelle Kraft der Industrie ist das Spiegelbild der auf der Verwendungsseite zu beobachtenden Exportdynamik. Auch die unternehmensnahen Dienstleistungen legten zu. So konnte der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen seine Wertschöpfung um 1,4 Prozent steigern. Überraschenderweise gelang dies auch dem Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (1,6 Prozent). Vermutlich waren es hier die unternehmensnahen und weniger die konsumnahen Zweige. Dafür sprechen zum einen die weiterhin rückläufige Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister und zum anderen die Konsumschwäche auf der Nachfrageseite. Negativ schlug die weiterhin rückläufige Bautätigkeit (-6,7 Prozent) zu Buche.

Im dritten Quartal 2005 konnte die wirtschaftliche Ausgangslage der deutschen Industrie trotz der erheblich angestiegenen Energiepreise als verhältnismäßig zuversichtlich beurteilt werden. Ungeachtet der monatlichen Schwankungen – vor allem zuletzt im August – war die Industrieproduktion in saisonbereinigter Betrachtung von November 2004 bis August 2005 insgesamt nach oben gerichtet. Die Erholung war dabei auf breiter Front, also auch im Konsumsektor, zu beobachten. Die Auftragseingänge signalisierten eine weiterhin gute Produktionsentwicklung. Auch hier waren die Bestellungen im Vorleistungsbereich, im Investitionsgütersektor und erfreulicherweise auch bei den Herstellern von Konsumgütern angestiegen. Die Orderdynamik wurde allerdings hauptsächlich durch das expandierende Auslandsgeschäft angetrieben. Die Inlandsbestellungen legten zwar auch zu, aber mit deut-

lich geringerer Schlagzahl. Gleichwohl zeigt die Entwicklung des ifo-Geschäftsklimaindexes seit mehr als einem Jahr keine klare Richtung der deutschen Wirtschaft auf. Sowohl die Beurteilung der Geschäftslage als auch die der Geschäftserwartungen befinden sich mehr oder weniger im Gleichlauf in einer Seitwärtsbewegung. Dabei ist bei der Interpretation der Septemberergebnisse zu beachten, dass 80 Prozent der Antworten vor der Wahl abgegeben wurden. Die nach der Wahl eingegangenen Antworten weisen darauf hin, dass die Unternehmen ihre Geschäftsaussichten nach der Wahl tendenziell ungünstiger eingeschätzt haben.

In der Tat hat der Ausgang der Bundestagswahl vom 18. September 2005 die wirtschaftspolitische Unsicherheit in Deutschland zunächst einmal erhöht. Erst Anfang Oktober 2005 bestand eine höhere Klarheit bezüglich einer mehrheitsfähigen Regierung. Neben der ökonomischen Unsicherheit infolge der heftig angestiegenen Öl- und Energiepreise, deren weitere Entwicklung und deren konjunkturelle Wirkung kam damit noch ein wirtschaftspolitisches Unsicherheitsmoment dazu. Hierzu ist zunächst Folgendes zu konstatieren: Zum einen dürften die unmittelbaren konjunkturellen Auswirkungen der in nächster Zeit umsetzbaren Maßnahmen überschaubare Größenordnungen erreichen. Zum anderen kann ein „worst case“ im Sinne einer grundsätzlichen Revision des mit der Agenda 2010 eingeschlagenen Reformkurses ausgeschlossen werden. Das Wahlergebnis und die Koalitionsgespräche bis Mitte Oktober 2005 waren kein Beleg dafür, dass der Reformwille in Deutschland gebrochen wurde. Eine Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Befund, dass 84 Prozent der Deutschen für Veränderungen bei Staat und Verwaltung sind, 59 Prozent halten dies sogar für sehr dringend (Schneider-Haase/Haubner, 2005).

Annahmen der Prognose

Prognosen skizzieren die künftige wirtschaftliche Entwicklung auf Basis bestimmter ökonomischer und politischer Rahmenbedingungen und auf Basis vorliegender Daten (Grömling, 2005c). Es handelt sich dabei um so genannte bedingte Prognosen. Die Vorhersagen sind bedingt durch den Informationsstand zum Prognosezeitpunkt. Prognosen zeigen die künftige wirtschaftliche Entwicklung mit der größten Eintrittswahrscheinlichkeit auf. Sie können die Unsicherheit nicht beseitigen, sondern sie zielen darauf ab, die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Lage zu vermindern. Die zukünftige Entwicklung bleibt trotz aller Prognosen unsicher. Derzeit bilden die unsichere Entwicklung an den Ölmärkten und die Unsicherheit über den weiteren wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland ein nicht unerhebliches Prognoserisiko. Folgende Annahmen wurden der IW-Prognose von Anfang Oktober 2005 zugrunde gelegt:

1. In der Prognose wird von einer großen Koalition von CDU/CSU und SPD ausgegangen. Das bedeutet unter konjunkturellen Gesichtspunkten eine Fortsetzung der Agenda 2010 und eine Umsetzung der Beschlüsse des Job-Gipfels vom März 2005. Außerdem wird angenommen, dass es in absehbarer Zeit zu einer Senkung der Sozialbeiträge (Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung) und im Jahresverlauf 2006 zu einer höheren Mehrwertsteuer um jeweils 1 Prozentpunkt kommen wird. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat angedeutet, dass sie durch Einsparungen im Verlauf des nächsten Jahres den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung um einen weiteren halben Prozentpunkt senken kann. Die Steuerbelastung der Unternehmen wird durch eine Senkung der Körperschaftsteuer verringert.
2. Die Schwankungen des Ölpreises bleiben im Prognosezeitraum – unter dem möglichen Einfluss verschiedenster Ereignisse wie etwa Wetterkatastrophen und Terroranschläge – vergleichsweise groß. Für den Jahresdurchschnitt 2006 wird von einer Schwankungsbreite in Höhe von 55 bis 65 US-Dollar ausgegangen.
3. Die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland sind und bleiben günstig. Auch im Jahr 2006 bleiben die langfristigen Realzinsen weltweit auf niedrigem Niveau. Die Inflationserwartungen sind bezogen auf die Kerninflation ohne Berücksichtigung der Energiepreise moderat. Die EZB wird im Jahresverlauf 2006 ihre Zinssätze behutsam erhöhen – mit Blick auf die bescheidenen Konjunkturaussichten und der in Schach gehaltenen Kerninflation bleibt die Geldpolitik jedoch weiterhin expansiv ausgerichtet.
4. Der Euro hat gegenüber den wichtigsten Handelspartnern im Verlauf des Jahres 2005 um gut 3 Prozent an Wert verloren. Gegenüber dem US-Dollar hat der Euro im Jahresverlauf von 1,30 auf 1,20 US-Dollar je Euro abgewertet. Im Prognosezeitraum bis Jahresende 2006 wird davon ausgegangen, dass sich der Wechselkurs in dieser Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar je Euro bewegen wird.
5. Der Tariflohnanstieg in Deutschland bleibt weiterhin moderat. Erste Äußerungen von Tarifpartnern deuten an, dass weniger die Entgeltentwicklung als vielmehr Qualifikationen im Mittelpunkt der Tarifverhandlungen stehen werden.

Deutscher Außenhandel auf Rekordjagd

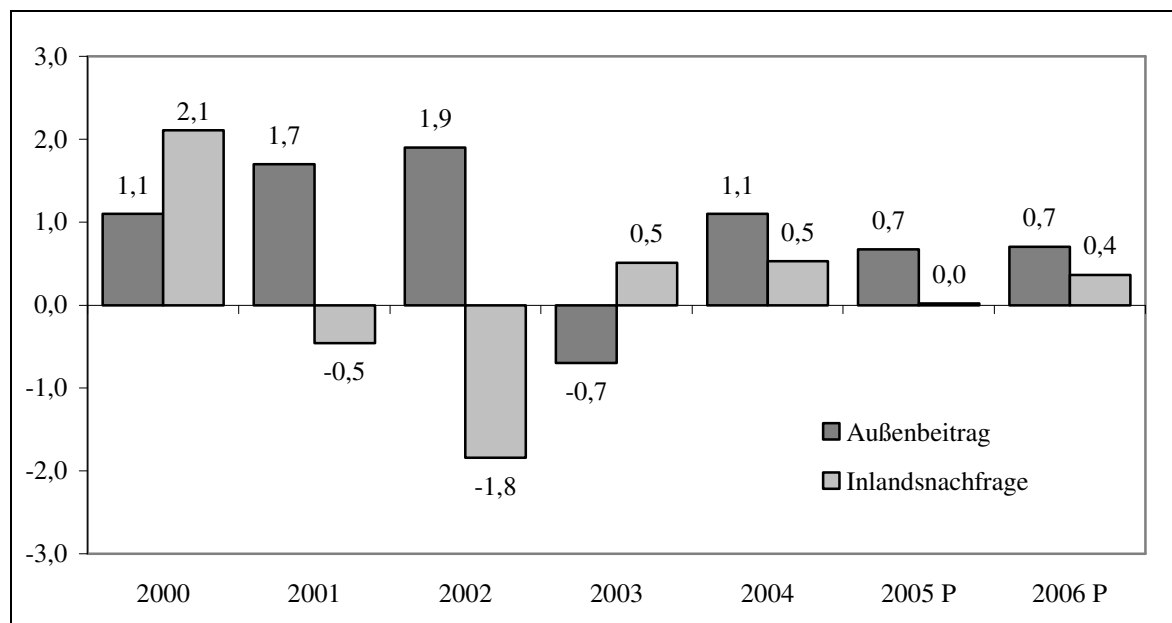
Der deutsche Außenhandel bewegt sich von Rekord zu Rekord. Im ersten Halbjahr 2005 hat der preisbereinigte Export von Waren und Dienstleistungen um 4,8 Prozent zugelegt. Der Zuwachs bei den Warenausfuhren belief sich dabei sogar auf 5,4 Prozent. Der gut laufende Welthandel, die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit inländischer Unternehmen und möglicherweise auch die leichte Abwertung des Euro im bisherigen Jahresverlauf konnten das Exportgeschäft stimulieren. Aber auch die deutschen Importe sind kräftig angestiegen. Sie übertrafen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres den entsprechenden Vorjahreswert um 4,5 Prozent. Die vergleichsweise starke Industrieproduktion dürfte den

grenzüberschreitenden Vorleistungsverkehr begünstigt haben. Außerdem kann davon ausgegangen werden, dass die Verteuerungen von Energiegütern und Rohstoffen in diesen Bereichen zu zusätzlichen Lagerinvestitionen geführt haben. So stiegen die mengenmäßigen Einfuhren von Erdgas im Zeitraum September 2004 bis August 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5,3 Prozent, die von Mineralölprodukten um 2,5 Prozent und die von Rohöl um 1,5 Prozent an. Insgesamt fiel der Beitrag des Exportüberschusses zum BIP etwas niedriger aus. Gleichwohl wird das Wirtschaftswachstum in diesem Jahr ausschließlich auf den Wachstumsbeitrag des deutschen Außenhandels zurückzuführen sein (Abbildung 2). Dabei werden die realen Exporte im Gesamtjahr 2005 um 5,3 Prozent und die realen Importe um 4 Prozent zulegen.

Abbildung 2

Wachstumsbeiträge in Deutschland

Beitrag des Außenbeitrags und der Inlandsnachfrage zum Wachstum des realen BIP in Deutschland in Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Für das Jahr 2006 wird von einem Zuwachs bei den preisbereinigten Exporten in Höhe von 5 Prozent ausgegangen. Die Importe werden in preisbereinigter Betrachtung um 4 Prozent zulegen. Damit gehen im kommenden Jahr gut zwei Drittel des Wirtschaftswachstums auf das Konto des Außenbeitrags. Der Außenhandel bleibt um ein weiteres Mal die konjunkturelle Zugmaschine in Deutschland. Folgende Entwicklungen wurden dabei berücksichtigt:

1. Die Weltwirtschaft bleibt weiterhin auf Expansionskurs. Der Welthandel wird in realer Rechnung im Jahr 2006 um 7,5 Prozent wachsen. Die bisher zu beobachtende Dynamik bei den Auftragseingängen aus dem Ausland weist darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft von der globalen Güternachfrage profitiert. Dabei spielt auch das Exportgeschäft mit den Erdöl exportierenden Ländern eine zunehmende Rolle. Deutschland wird derzeit mit seiner industriellen Produktpalette vom Recycling der Petrodollars begünstigt (iwd, 2005).
2. Die anhand der Lohnstückkosten gemessene preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich seit einiger Zeit deutlich verbessert. Die Lohnstückkosten sind im Durchschnitt des Zeitraums 2000 bis 2004 in der deutschen Industrie – die bei den Exportperspektiven klar im Fokus steht – um 1 Prozent pro Jahr zurückgegangen (Schröder, 2005). Vor allem gegenüber einer Reihe von westeuropäischen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Dänemark, hat sich die Wettbewerbsposition Deutschlands verbessert. Allerdings gab es auf Euro-Basis auch merkliche Verschlechterungen gegenüber einigen Ländern, so dass sich insgesamt die relative Lohnstückkostenposition Deutschlands sogar verschlechtert hat. Schließlich hat Deutschland beim Lohnstückkostenniveau aufgrund der hohen Arbeitskostenbelastung und eines nur durchschnittlichen Produktivitätsniveaus weiterhin ein Standorthandikap. Dies zeigt sich letztlich auch darin, dass das deutsche Exportwachstum weiterhin im Schatten der Welthandelsdynamik bleibt. Die derzeitige Entwicklung in Deutschland deutet darauf hin, dass die Lohnstückkosten weiterhin rückläufig bleiben und von daher die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert wird. Allerdings bleibt auch die ausländische Konkurrenz in dieser Hinsicht nicht untätig.
3. Die geplante und in der Prognose unterstellte Senkung der Sozialbeiträge und eine gleichzeitige Anhebung der Mehrwertsteuer begünstigen den deutschen Export und belasten die deutschen Importe mit dem Effekt einer Ausweitung des Außenbeitrags (Boss et al., 2005). Die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung vermindert die Produktionskosten der in Deutschland produzierenden Unternehmen – unabhängig davon, ob sie ihre Waren im Inland oder Ausland absetzen. Die in Deutschland höhere Mehrwertsteuer trifft allerdings nicht die im Inland produzierten und im Ausland verkauften Güter. Somit wird beim Export ausschließlich die eine Seite dieses Pakets wirksam, und zwar die Kostensenkungskomponente. Die deutschen Exportpreise werden folglich sinken, was wiederum die deutschen Exporte ins Ausland stärkt. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer verteuert die Verkaufspreise der im Inland verkaufenden Unternehmen – sofern die Unternehmen die höhere Steuer an die Kunden überwälzen können. Die höhere Mehrwertsteuer trifft bei Überwälzung alle in Deutschland verkaufenden Anbieter – sowohl inländische als auch ausländische. Im Gegensatz zu den im Ausland produzierenden Unternehmen kommen die in Deutschland produzierenden Firmen allerdings in den Genuss niedrigerer Produktionskosten infolge der niedrigeren Sozialbeiträge. Anbieter aus dem Inland gewinnen

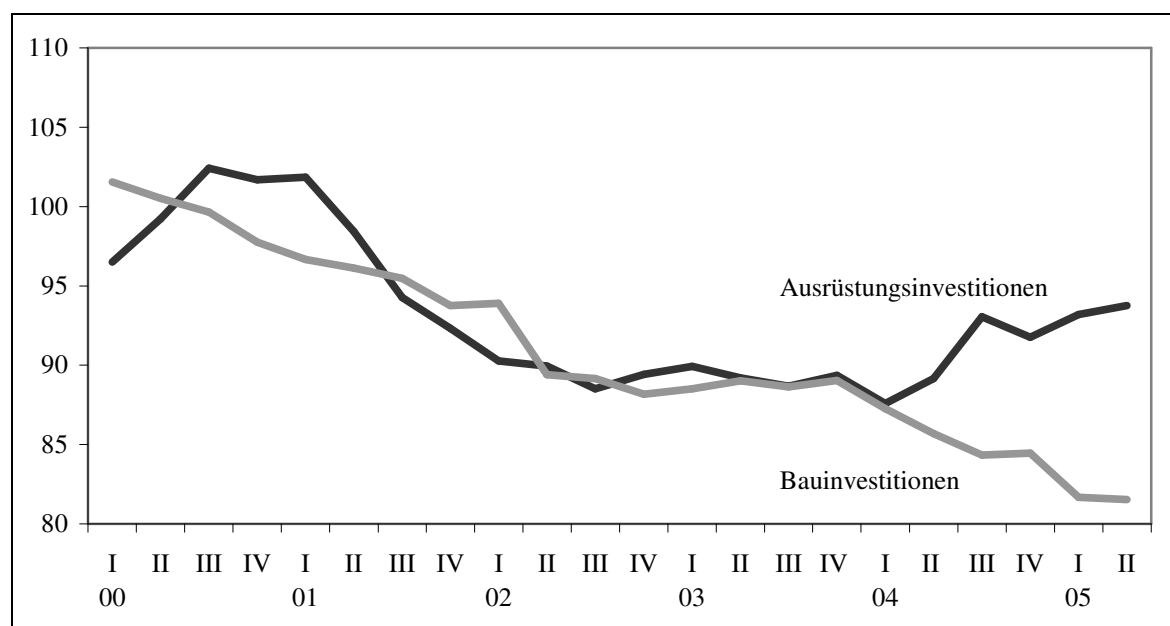
auch auf dem deutschen Absatzmarkt einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ausländischen Anbietern. Dies kann dämpfend auf die deutschen Importe aus dem Ausland wirken.

4. Der Tourismus und Reiseverkehr im Rahmen der Fußball-WM wird in der Zahlungsbilanz und in der VGR als deutscher Dienstleistungsexport verbucht. Die Ausgaben ausländischer Fußballfans für Übernachtung, Verpflegung, Tickets, Fanartikel und Ähnliches im Sommer 2006 werden auf bis zu 1 Milliarde Euro geschätzt (Ahlert, 2004; Bargel, 2005). Die Weltmeisterschaft kann somit aus VGR- und Prognosesicht als ein den deutschen Export stimulierendes Ereignis gesehen werden. Bezogen auf den erwarteten Gesamtexport von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2006 in Höhe von 950 Milliarden Euro in nominaler Rechnung, bleiben die über den WM-Auslandstourismus wirksamen konjunkturellen Effekte im fast unmerklichen Bereich.

Abbildung 3

Investitionen in Deutschland

Saison- und preisbereinigte Werte, Index 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Investitionsstau löst sich auf

Die in der Konjunkturprognose vom Herbst 2004 erwartete und von den Unternehmensbefragungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln bekräftigte Erholung bei den Ausüstungsinvestitionen ist im ersten Halbjahr 2005 eingetreten. Die preisbereinigten Ausüstungsinvestitionen überschritten den entsprechenden Vorjahreswert um 5,7 Prozent, so dass im Gesamtjahr 2005 weiterhin von einem Zuwachs in Höhe von 5 Prozent ausgegangen

werden kann. Ein Blick auf den preis- und saisonbereinigten Verlauf der Ausrüstungsinvestitionen (Abbildung 3) zeigt, dass die nach dem Investitionseinbruch im Jahr 2001 beginnende und zwei Jahre andauernde Investitionsflaute nunmehr seit Anfang 2004 überwunden ist. Seitdem stiegen die Ausrüstungsinvestitionen um insgesamt 7 Prozent an, sie lagen im zweiten Quartal 2005 aber immer noch um deutlich mehr als 8 Prozent unter den Rekordwerten des Jahres 2000. Insgesamt schlägt sich das dynamische Auslandsgeschäft allmählich auch in den Investitionen nieder. Im weiteren Prognosezeitraum wird von einem anhaltenden Auftrieb bei der Investitionstätigkeit der Unternehmen ausgegangen. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahr 2006 mit 5 Prozent in gleicher Stärke expandieren wie in diesem Jahr. Dieser Teil der Unternehmensinvestitionen hält dann zum zweiten Mal in Folge mit dem Tempo der Exporte mit. Dafür gibt es folgende Gründe:

1. Die weiterhin guten Absatzbedingungen im Ausland stärken die Investitionsanreize deutscher Unternehmen. Der Exportfunke springt auf die Investitionen über, allerdings nicht in dem Ausmaß früherer Konjunkturzyklen. Bei einer weiterhin schwachen Binnenachfrage stellt sich zugleich die Frage, ob die Auslandsnachfrage von manchen Industriefirmen nicht stärker durch die Produktion vor Ort bedient wird. Das würde die Investitionstätigkeit in Deutschland zugunsten von Direktinvestitionen im Ausland dämpfen.
2. Die Rahmenbedingungen für Investoren werden besser. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Steuerbelastung der Unternehmen – etwa durch eine Senkung der Körperschaftsteuer – vermindert wird. Auch die Flexibilität des Arbeitsmarktes dürfte sich verbessern, was die Standortbindung der Unternehmen stärkt.
3. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen haben sich in Deutschland verbessert, und das wird sich auch in absehbarer Zeit verstetigen. Die Zinsen sind im Zeitvergleich sowohl in nominaler als auch in realer Hinsicht niedrig und stellen kein Problem für die Unternehmen bei der Finanzierung von Investitionen dar. Bei den großen Aktiengesellschaften ist die anhand des Cash-Flow gemessene Liquiditätsausstattung in letzter Zeit deutlich angestiegen (Fockenbrock, 2005). Allerdings wurde in 70 Prozent der untersuchten 132 Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen der operative Cash-Flow zunächst zum Schuldenabbau herangezogen. Dabei muss zudem berücksichtigt werden, dass bei diesen multinationalen Unternehmen ein Großteil dieser Mittel nicht im Inland erwirtschaftet wurde. Nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) konnten vor allem große Unternehmen ihre Eigenkapitalausstattung – und dies vorwiegend durch eine Gewinnthesaurierung – verbessern (Zimmermann/Schumacher, 2005). Mit dem Blick auf alle Unternehmen wird aber nach wie vor eine zu geringe Eigenkapitalausstattung in Deutschland als eines der größten Finanzierungshemmnisse für Investitionen genannt. Auf Basis der KfW-Befragung in Zusammenarbeit mit 25 Fach- und Regionalverbänden der Wirtschaft haben zwar 43 Prozent der Unternehmen in Deutschland zuletzt ihre Eigenkapi-

talquote erhöht, allerdings sahen 18 Prozent der Unternehmen hierfür keine Möglichkeit. Insgesamt ist die Unternehmensfinanzierung auch wegen des fehlenden Eigenkapitals immer noch schwierig. Die Kreditaufnahme der Unternehmen ist nach wie vor ein Problem, es zeichnen sich aber Besserungstendenzen ab: Die KfW-Studie zeigt, dass die Kreditaufnahme in Deutschland für 42 Prozent der Unternehmen spürbar schwieriger geworden ist – im Vorjahr waren es 43 Prozent. Gleichzeitig stieg jedoch der Anteil der Unternehmen, die über eine bessere Finanzierungslage berichten, von 4 auf 7 Prozent. Der ifo-Konjunkturtest vom August 2005 bescheinigt für das Verarbeitende Gewerbe in Deutschland eine bessere Lage auf dem Kreditmarkt (Kunkel, 2005): Demnach bezeichnen 57 Prozent der Industrieunternehmen die Kreditvergabepraxis als normal, 35 Prozent der Firmen beurteilen sie als restriktiv.

4. Die Flexibilisierungstendenzen am Arbeitsmarkt haben das Investitionsklima etwas aufgehellt. Das zeigt sich auch darin, dass das Rationalisierungsmotiv für die westdeutschen Industrieunternehmen nur noch eine nachrangige Rolle spielt (Weichselberger, 2005). Nur 17 Prozent der Unternehmen geben als Hauptziel ihrer Investitionen im Jahr 2005 Rationalisierungsmaßnahmen an. An zweiter Stelle steht die Ersatzbeschaffung. Klar dominiert mit 62 Prozent das Erweiterungsmotiv – das sind 10 Prozentpunkte mehr als vor zwei Jahren. Dabei wird weniger in die Erweiterung bestehender Produktionsprogramme investiert, sondern doppelt so stark in deren Umstrukturierung.

Baukrise schwächt sich ab

Die Krise der deutschen Bauwirtschaft hat entgegen den vorjährigen Erwartungen auch im bisherigen Jahresverlauf angehalten. Nach einem – auch witterungsbedingt – starken Rückgang im ersten Quartal konnte zumindest im zweiten Quartal 2005 nahezu eine Stabilisierung beobachtet werden. Gleichwohl unterschritten die preisbereinigten Bauinvestitionen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres den entsprechenden Vorjahreswert um 5,9 Prozent. Im Wohnungsbau wurde das Vorjahresergebnis um 6,2 Prozent, im Nichtwohnungsbau um 5,5 Prozent unterschritten. Dabei gingen die realen Bauinvestitionen der öffentlichen Hand sogar um 6,8 Prozent zurück. Entsprechend werden die realen Bauinvestitionen im Jahr 2005 das Vorjahresvolumen um 4,8 Prozent unterschreiten. Sie erreichen damit in diesem Jahr nur noch drei Viertel des Bauvolumens des Höhepunkts im Jahr 1994.

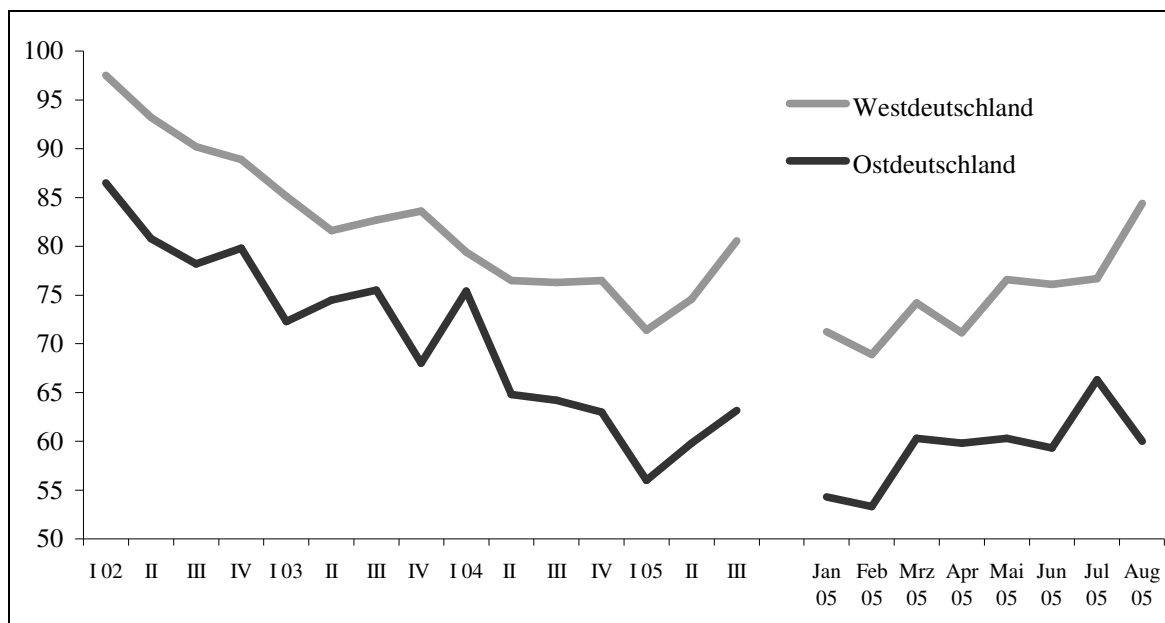
Im kommenden Jahr deutet sich in manchen Bereichen eine Bodenbildung an. Bereits im bisherigen Jahresverlauf 2005 zeigten sich einige Lichtblicke. So ist möglicherweise bei den Auftragseingängen der Bauunternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten der Tiefpunkt durchschritten (Abbildung 4). Seit dem ersten Quartal 2005 zeichnet sich sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland eine Aufwärtsbewegung bei den preis- und saisonbereinigten

Aufträgen ab. Alles in allem wird davon ausgegangen, dass die realen Bauinvestitionen im Jahr 2006 nochmals um 1,5 Prozent sinken werden. Dazu im Einzelnen:

Abbildung 4

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe

Preis- und saisonbereinigte Werte, Index 2000 = 100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

1. Die Wohnungsbauinvestitionen bleiben rückläufig. Zwar zeigen sich bei den Genehmigungen im Eigenheimbau erste Lichtzeichen, aber die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sprechen gegen einen durchgreifenden Aufschwung. Die Akzente verlagern sich im Wohnungsbau seit geraumer Zeit hin zu Modernisierung und Sanierung.
2. Beim Wirtschaftsbau ist im kommenden Jahr eine Stabilisierung erreichbar. Auf der einen Seite dämpfen die Leerstände bei Bürogebäuden die Bautätigkeit in diesem Segment. Allerdings zeigen sich infolge der Erweiterungsinvestitionen im Industriebereich positive Effekte auf den Wirtschaftsbau.
3. Beim öffentlichen Bau kann sich im Jahr 2006 am ehesten Positives abzeichnen. Das geht mit einer besseren Finanzlage der Kommunen einher (Boss et al., 2005). Auch die Mauteinnahmen stärken die staatlichen Baumittel. Die Baumaßnahmen im Rahmen der Vorbereitungen zur Fußball-WM dürften im Jahr 2006 keine Stütze sein. Der Großteil dieser Baumaßnahmen fiel bereits in den vorhergehenden Jahren an und hat vor allem in den Jahren 2004 und 2005 die Bauinvestitionen nicht noch weiter einbrechen lassen.

Im Gegensatz zu einer Reihe von Ländern, wie etwa den USA, Spanien und dem Vereinigten Königreich, besteht in Deutschland keine Gefahr durch eine Überhitzung am Immobilienmarkt. Die Immobilienpreise sind in Deutschland in den letzten Jahren kaum noch gestiegen (Rußig/Dorffmeister, 2005; Broadbent/Lopes, 2005). Damit entfallen hier die mit einem deutlichen Einbruch der Immobilienpreise möglicherweise einhergehenden Vermögensverluste und deren negative Auswirkungen auf Konsum und Investitionen. Möglicherweise profitiert die Nachfrage nach Immobilien in Deutschland von der Preisrallye an anderen Märkten, wenn sich ausländische Investoren stärker in Deutschland engagieren.

Privater Konsum hängt unverändert durch

Neben der Baukrise sorgt der Konsum der privaten Haushalte für eine anhaltende Flaute der inländischen Nachfrage. Im ersten Halbjahr 2005 hat der preisbereinigte Private Konsum in Deutschland das Vorjahresergebnis um 0,2 Prozent verfehlt. Die anhaltenden Arbeitsmarktprobleme und die starke Belastung der privaten Haushalte durch die gestiegenen Ölpreise haben die positiven Effekte der letzten Stufe der Lohn- und Einkommensteuerreform mehr als kompensiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2005) dürften die privaten Haushalte in Deutschland in diesem Jahr durch die stark gestiegenen Preise für Kraftstoffe, Erdgas und Heizöl mit etwa 6,8 Milliarden Euro zusätzlich belastet werden. Damit werden die realen Konsumausgaben in diesem Jahr um 0,2 Prozent unter dem Vorjahresvolumen liegen. Im Jahr 2006 werden die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte in Deutschland zwar um 0,3 Prozent ansteigen, aber weiterhin ohne nennenswerten Schwung. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung an den Ölmärkten stellt dabei ein markantes Prognoserisiko dar. Bei der Prognose wurde Folgendes berücksichtigt:

1. Die beschäftigungsorientierten Tarifabschlüsse lassen die Nettoarbeitseinkommen (je Arbeitnehmer) trotz niedrigerer Sozialbeiträge kaum steigen. Allerdings wird die Beschäftigungsentwicklung durch den moderaten Lohnanstieg gefördert, und diese stärkt die gesamtwirtschaftliche Einkommensentwicklung.
2. Die Gewinn- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte leiden unter dem niedrigen Zinsniveau. Jedoch führen die höheren Ersparnisse und das damit höhere Vermögen sowie die Gewinn- und Dividendeneinnahmen infolge der Gewinnerholung bei den Unternehmen zu höheren Vermögenseinkommen der privaten Haushalte.
3. Die Sparneigung wird auch im Jahr 2006 nicht rückläufig sein. Die wirtschaftspolitische Unsicherheit wird sich nicht in dem Maße auflösen, dass die verunsicherten Konsumenten ihre Sparpläne überdenken. Das Vorsorgespargen für das Alter und die kurzfristigen Wechselfälle des Lebens stehen weiterhin hoch im Kurs. Vor diesem Hintergrund wird die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2006 konstant bei 10,5 Prozent bleiben.

4. Die Auswirkungen der unterstellten Erhöhung der Mehrwertsteuer auf die Preis- und Konsumententwicklung ist kaum kalkulierbar. Offen ist, ob und in welcher Höhe die Mehrwertsteuer von den Unternehmen auf die Preise überwältigt wird – oder zulasten der Gewinne geht. Möglicherweise kommt es ungeachtet der tatsächlichen Überwälzung zu Vorzieheffekten und Konsumverlagerungen in das vierte Quartal 2005.

5. Die Fußball-WM geht mit Ausgaben der inländischen Konsumenten einher – die Ausgaben ausländischer Fußball-Fans werden beim Export berücksichtigt. Die Ausgaben der heimischen Fans werden sich auf 2 bis 3 Milliarden Euro belaufen (Bargel, 2005). Dabei ist aber offen, ob es beim Inlandskonsum auch zu Substitutionseffekten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Lage und des Kaufkraftentzugs infolge höherer Ölpreise kommt.

6. Die hohen Rohölpreise und die damit verbundenen anderen Energiepreise (z. B. Erdgas) bedeuten auch im nächsten Jahr einen direkten Kaufkraftentzug der privaten Haushalte, ohne dass an anderer Stelle positive Impulse entstehen. Vielmehr handelt es sich um einen direkten Kaufkrafttransfer an das Ausland (Öllieferländer). Bei den Rohölpreisen wird im kommenden Jahr von keiner nennenswerten Verteuerung im Vergleich zu diesem Jahr ausgegangen. Deshalb entfaltet sich kein zusätzlicher Kaufkraftverlust. Allerdings werden andere Energiekosten (z. B. Gas) im Jahresdurchschnitt 2006 eine höhere Teuerungsrate aufweisen. Die Inflationsrate ohne Berücksichtigung der Energiepreise wird auf dem Niveau dieses Jahres von gut 1 Prozent liegen. Die gesamte Teuerungsrate wird im Jahr 2006 bei 1,7 Prozent liegen, nach 1,9 Prozent im Jahr 2005.

Industrie als Konjunkturmotor

Die Auftragseingänge bei den deutschen Industrieunternehmen weisen darauf hin, dass die konjunkturelle Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2005 wieder an Tempo gewonnen hat. Die Konjunktur bleibt aber gespalten – darauf weisen die Auslandsaufträge hin:

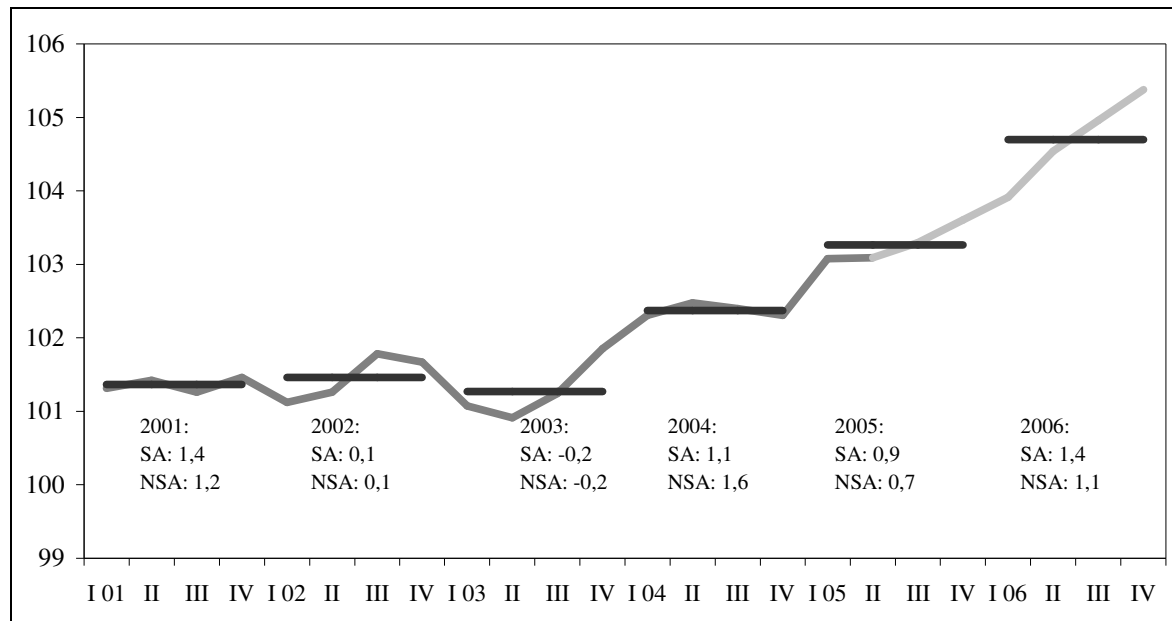
- Der Export ist weiterhin der Konjunkturmotor in Deutschland, und damit wird die Industrie der konjunkturelle Taktgeber sein. Die Exportlastigkeit der moderaten Aufwärtsbewegung erfordert, dass die industrielle Erholung nicht aufs Spiel gesetzt wird. Ansonsten ist ein Rückfall in eine Stagnations- oder gar Rezessionsphase unvermeidbar. Der Ölpreisschock, der auf der Produktionsebene vor allem die Industrieunternehmen trifft, darf im kommenden Jahr nicht durch einen hausgemachten Arbeitskostenschock verstärkt werden.
- Im Dienstleistungsbereich expandieren vor allem die industrie- und unternehmensnahen Segmente. Die schwache Arbeitsmarktentwicklung und der erneute Ölpreisschock lasten zwar noch auf der Konsumkonjunktur. Aber auch bei den industriellen Herstellern von Konsumgütern deuten sich zaghaft Erholungstendenzen an.

- Die Bauwirtschaft wird weiterhin die gesamtwirtschaftliche Produktionsdynamik abschwächen. Die reale Bruttowertschöpfung des Baugewerbes wird damit im Jahr 2006 – mit Ausnahme des Jahres 1999 – zum zwölften Mal in Folge rückläufig sein.

Abbildung 5

Verlauf des BIP in Deutschland

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; Index 2000 = 100; ab III 2005 IW-Prognose



SA: saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; NSA: nicht saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Alles in allem wird das reale BIP im Jahr 2005 um 0,7 Prozent steigen. Im Jahr 2006 wird ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,1 Prozent erwartet – dabei wachsen West- und Ostdeutschland mehr oder weniger im Gleichschritt. Wegen der um zwei Tage geringeren Anzahl an Arbeitstagen im Jahr 2006 wird das preis- und arbeitstäglich bereinigte BIP im kommenden Jahr im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2005 um 1,4 Prozent ansteigen. Dabei wird das preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte BIP im Verlauf des Jahres 2006 um 1,7 Prozent expandieren (Abbildung 5).

Staatshaushalt auf Konsolidierungskurs

Im Jahr 2005 werden die staatlichen Ausgaben um 0,5 Prozent zunehmen. Dabei besteht allerdings noch Unklarheit über die fiskalischen Gesamtauswirkungen der Arbeitsmarktreform und die Einsparungen der Kommunen. Per saldo werden die Ausgaben für soziale Leistungen in diesem Jahr aber steigen. Die staatlichen Personalausgaben bleiben auf dem Vorjahresniveau. Insgesamt kommt es trotz der steigenden Sozialausgaben zu einem im

Vergleich zum BIP unterproportionalen Anstieg der Ausgaben. Dadurch geht die Staatsquote um 0,4 Prozentpunkte auf 46,5 Prozent zurück. Aufgrund der schwachen Konjunktur stagnieren die Steuereinnahmen mehr oder weniger auf dem Vorjahresniveau. Die Entwicklung der Sozialbeiträge wird von dem Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geprägt. Insgesamt liegen die gesamten Staatseinnahmen um 0,2 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergibt sich ein Finanzierungsdefizit von 88,2 Milliarden Euro oder 3,9 Prozent des BIP (Tabelle 2). Allerdings besteht ein Dissens über die Verbuchung des Verkaufs von Forderungen der Postpensionskasse durch den Bund. Dies führt zu Minderausgaben in Höhe von 5,5 Milliarden Euro. Sollte sich der Forderungsverkauf auf das Defizit auswirken, beträgt die Defizitquote wie im Vorjahr 3,7 Prozent. In der Buchungssystematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung handelt es sich bei diesem Forderungsverkauf allerdings um einen Aktivtausch, was laut Eurostat nicht das Defizit vermindert.

Tabelle 2

Einnahmen und Ausgaben des Staates in Deutschland

	2004	2005	2006
Staatseinnahmen			
in Mrd. Euro	956,8	954,8	971,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	-0,4	-0,2	1,8
in Prozent des BIP	43,2	42,6	43,0
Staatsausgaben			
in Mrd. Euro	1.038,0	1.043,0	1.038,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	-0,8	0,5	-0,5
in Prozent des BIP	46,9	46,5	45,9
Staatlicher Finanzierungssaldo			
in Mrd. Euro	-81,2	-88,2	-66,4
in Prozent des BIP	-3,7	-3,9	-2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Für das Jahr 2006 wird weiterhin die Umsetzung der Steuerbeschlüsse des Jobgipfels unterstellt. Dieses Reformpaket ist im nächsten Jahr nahezu aufkommensneutral. Als weitere Maßnahme auf der Einnahmenseite wird eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 1 Prozentpunkt angenommen, für den im Gegenzug die Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt angehoben wird. Dies führt zu staatlichen Mehreinnahmen von rund 1 Milliarde Euro. Außerdem führen die besseren Konjunkturerwartungen im nächsten Jahr zu einem deutlichen Einnahmenanstieg von 1,8 Prozent. Die Ausgabenseite wird von ersten

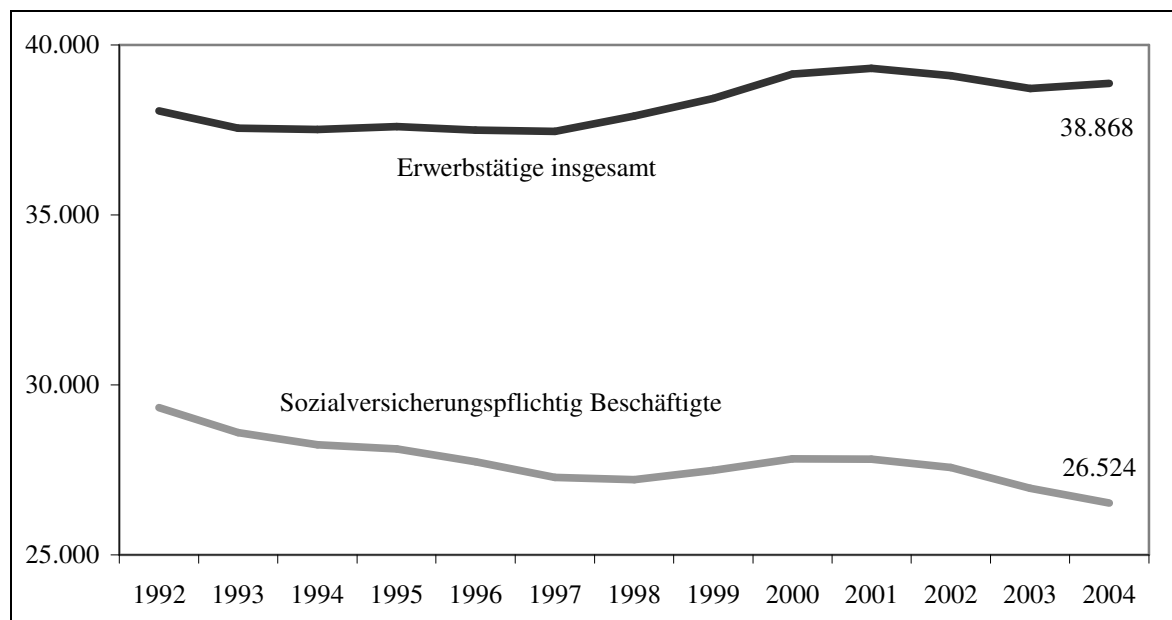
Sparmaßnahmen geprägt. Dabei wird von den durch die Bundesagentur für Arbeit angekündigten Einsparungen und der damit verbundenen Beitragssatzsenkung um zusätzlich 0,5 Prozentpunkte ab Juli 2006 ausgegangen. Allerdings bestehen hinsichtlich der Sozialausgaben ähnliche Unsicherheiten wie im Jahr 2005. Beim Bund wird eine globale Minderausgabe von 5 Prozent eingestellt. Ausgenommen davon bleiben die Ausgaben für Bildung und Investitionen. Zusätzlich werden die Finanzhilfen des Staates um 10 Prozent gekürzt. Durch die Kombination von Einnahmenanstieg und Ausgabenkürzung wird sich im Jahr 2006 das Staatsdefizit auf 2,9 Prozent des BIP belaufen und damit wird erstmals seit vier Jahren das Defizitkriterium des Stabilitätspakts wieder eingehalten. Sollte es nicht gelingen, im Jahr 2006 mit der Haushaltssanierung erste Erfolge zu erzielen, dann würde diese Aufgabe nicht nur verschoben, sie würde sich vielmehr potenzieren. Eine Vernachlässigung der Konsolidierung und ein erneuter Verstoß gegen die Maastricht-Kriterien hätte gravierende gesamtwirtschaftliche Folgen:

1. über eine Belastung des Stabilitätsversprechens der EZB,
2. über einen immer geringer werdenden Spielraum für investive Ausgaben des Staates,
3. über höhere Zinslasten infolge von inflationsgetriebenen Zinserhöhungen.

Abbildung 6

Beschäftigungstrends in Deutschland

Erwerbstätige und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Trendwende am Arbeitsmarkt wird vorbereitet

Der Arbeitsmarkt war im bisherigen Jahresverlauf 2005 von einem deutlichen Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gekennzeichnet. Mitte 2005 lag das Niveau dieser Beschäftigungsform um rund 400.000 Personen oder 1,5 Prozent unter dem des Vorjahres. Mit 26,1 Millionen Personen wurde damit der niedrigste Stand seit dem Jahr 1991 verzeichnet. Dagegen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit stabil. Zur Jahresmitte 2005 waren rund 80.000 Personen oder 0,2 Prozent mehr erwerbstätig als im Vorjahr. Für den Jahresdurchschnitt 2005 kann daher mit einem leichten Anstieg gerechnet werden. Die Erwerbstätigkeit liegt mit 38,9 Millionen Personen deutlich über dem Niveau der neunziger Jahre (Abbildung 6). In Teilbereichen des Arbeitsmarktes zeigen sich sogar Anzeichen eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften. Besonders die im internationalen Vergleich geringe Anzahl von Akademikern in den mathematisch-naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern ist auffallend (Hülkamp/Koppel, 2005).

Die Erklärung für die gegenläufige Tendenz von Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Jahr 2005 liegt zunächst am Zuwachs der Anzahl der Selbstständigen. Diese ist im zweiten Quartal 2005 gegenüber dem Vorjahresquartal um 170.000 Personen angestiegen. Wesentlichen Anteil daran hatten die von der Bundesagentur für Arbeit durch Existenzgründungszuschüsse („Ich-AG“) geförderten Selbstständigen, deren Anzahl um rund 80.000 Personen zunahm. Die Anzahl der monatlichen Neubewilligungen für Existenzgründungszuschüsse nahm allerdings schon im Februar 2005 stark ab, da ab Beginn dieses Jahres Empfänger von Arbeitslosengeld II mit diesem Instrument nicht mehr gefördert werden. Darüber hinaus sind die Voraussetzungen für die Bewilligung verschärft worden. Somit muss damit gerechnet werden, dass dieser Sondereffekt im Jahr 2006 nicht mehr von Bedeutung sein wird. Eine geringere Rolle als im Vorjahr hat die Expansion der geringfügigen Beschäftigung gespielt. Die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nahm in diesem Jahr nur noch um rund 75.000 Personen zu. Im Vorjahr hatten die Mini-Jobs noch einen Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit um über 400.000 Personen bewirkt. Von großem Einfluss sind dagegen die so genannten Arbeitsgelegenheiten nach § 16 des Sozialgesetzbuches II („1-Euro-Jobs“). Die bislang geschaffenen 236.000 Arbeitsgelegenheiten haben den Rückgang anderer Beschäftigung schaffender Maßnahmen (ABM, Strukturanpassungsmaßnahmen) bei weitem überkompensiert: Die Anzahl der auf dem zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigten stieg um über 100.000 Personen. Fraglich ist, ob dieser Effekt auch im Jahr 2006 auftreten wird. Der Umfang der Arbeitsgelegenheiten ist vorrangig eine politische Entscheidung. Die alte Bundesregierung stellte bis zu 600.000 Stellen in Aussicht. Offen ist, ob diese Zielmarke weiter verfolgt wird.

Eine weitere prägende Entwicklung des Jahres 2005 war der starke Anstieg der Anzahl der registrierten Arbeitslosen. In den Wintermonaten wurde erstmals die Marke von 5 Millionen Arbeitslosen überschritten. Der Rekord war aber zu einem geringeren Teil auf eine dramatisch verschlechterte Arbeitsmarktlage als auf einen veränderten Berichtskreis zurückzuführen. Erst seit Anfang des Jahres 2005 werden Sozialhilfeempfänger, die zuvor nicht arbeitslos gemeldet waren, in der Statistik erfasst. Schätzungen zufolge ist dieser „Hartz IV-Effekt“ auf 200.000 bis 320.000 Arbeitslose zu veranschlagen (Bundesagentur für Arbeit, 2005, 1058). Vor diesem Hintergrund stellt sich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 nur unwesentlich schlechter dar als im Vorjahr. Darauf deutet auch die Entwicklung der Erwerbslosigkeit hin, die dem ILO-Konzept folgt und aus einer gesonderten Telefonerhebung monatlich vom Statistischen Bundesamt ausgewiesen wird. Demnach gab es zur Jahresmitte 2005 sogar 170.000 Erwerbslose weniger als im Vorjahr.

Tabelle 3

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung

	2004	2005	2006	2005	2006
	Absolute Werte			Veränderung in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	38.868	38.907	39.024	0,1	0,3
Arbeitszeit (in Stunden)	1.440	1.428	1.421	-0,8	-0,5
Arbeitsvolumen (in Mrd. Std.)	55,96	55,57	55,46	-0,7	-0,2
Reales BIP	-	-	-	0,7	1,1
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	0,6	0,8
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	1,4	1,3
Erwerbslose nach ILO-Definition (in 1.000)	3.931	3.910	3.860	-0,5	-1,3
Erwerbslosenquote (in Prozent)	9,2	9,1	9,0	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	4.381	4.820	4.780	10,0	-0,8
Arbeitslosenquote (in Prozent ¹⁾)	10,1	11,0	10,9	-	-

1) Das Jahr 2004 ist aufgrund veränderter Erfassung nicht mit den Folgejahren vergleichbar. Die von der Bundesagentur für Arbeit für das Jahr 2004 ausgewiesene Arbeitslosenquote liegt mit 10,5 Prozent höher, da die Bezugsgröße keine Revisionen am aktuellen Rand berücksichtigt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Für die weitere Entwicklung am Arbeitsmarkt ist entscheidend, wie sich die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung verändern und ob die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Jahre ihre Wirkung entfalten können. Eine Entlastung bei den Lohnnebenkosten kann den Beschäftigungsaufbau stimulieren, sofern eine beschäftigungsorientierte Lohnpolitik erfolgt. Der massive Abbau regulärer Beschäftigung kann dann im Jahr 2006 zum Stillstand

kommen. Darauf deuten bereits einige Frühindikatoren hin: Der Zugang in Arbeitslosigkeit aus einer Erwerbstätigkeit sank bis Mitte 2005 um rund 15 Prozent, während die Abgänge in eine Erwerbstätigkeit leicht zunahmen. Zudem steigt die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen – auch ohne Berücksichtigung der Stellenangebote des zweiten Arbeitsmarktes. Allerdings werden Sondereffekte, die im Jahr 2005 noch zu einem Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit geführt haben (Ich-AG; 1-Euro-Jobs), im Jahr 2006 nur noch eingeschränkt wirksam sein. Im Ergebnis wird die Anzahl der Erwerbstätigen im Jahr 2005 nahezu stagnieren. Im Jahr 2006 wird die Erwerbstätigkeit in Deutschland leicht um 0,3 Prozent oder um 117.000 Personen zunehmen (Tabelle 3).

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird sich im Jahresdurchschnitt 2005 – bedingt durch die Umstellung der Statistik – deutlich erhöhen. Es ist auch nicht auszuschließen, dass im Winter 2005/2006 erneut die 5-Millionen-Grenze überschritten wird. Die Erwerbslosigkeit gemäß ILO-Kriterien, die von sozialrechtlichen Änderungen nicht beeinflusst ist, sinkt dagegen leicht, bleibt aber auf nach wie vor hohem Niveau. Im Jahr 2006 kann es zu einem weiteren, allerdings noch verhaltenen Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen. Die eingeleiteten Arbeitsmarktreformen können dazu noch keinen wesentlichen Beitrag leisten. Von den Hartz-Reformen wären zwei Maßnahmen im Grundsatz in der Lage, zum Abbau von Arbeitslosigkeit beizutragen: zum einen die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und zum anderen die Hartz IV-Reform. Die Kürzung der Bezugsdauer hat jedoch eine ungewisse politische Zukunft und wird voraussichtlich nur in abgeschwächter Form umgesetzt. Die Hartz IV-Reform wiederum zielt darauf ab, die Anreize für Langzeitarbeitslose zu verbessern, eine gering bezahlte Tätigkeit aufzunehmen. Dies wird gelingen, sofern die handwerklichen Fehler der Reform korrigiert werden. So können bisher die Zuschläge nach § 24 Sozialgesetzbuch II und § 6a Bundeskindergeldgesetz dazu führen, dass das verfügbare Einkommen von Transferempfängern mit steigendem Erwerbseinkommen sinkt, wodurch ein berufliches Engagement nicht belohnt, sondern finanziell bestraft wird (Schäfer, 2005). Zudem ist die Frage der Zuständigkeit für die Betreuung der Arbeitslosengeld II-Empfänger noch nicht zufrieden stellend gelöst. Das zusätzliche Arbeitsangebot im Niedriglohnsektor wird die Entstehung einer entsprechenden Nachfrage bewirken. Allerdings ist davon auszugehen, dass die Anpassung der Faktoreinsatzverhältnisse der Unternehmen nicht kurzfristig erfolgt. Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass die positiven Effekte der Reform erst langsam in den kommenden Jahren sichtbar werden.

Potenzial nach oben

Trotz einer vergleichsweise hohen Verunsicherung durch die weitere Entwicklung an den Rohölmärkten und hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Kurses in Deutschland besteht für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland Potenzial nach oben. In der Prognose wurden hinsichtlich zweier Unsicherheitsmomente Annahmen getroffen. Zum einen ist beim Ölpreis eine Fortsetzung des Status quo unterstellt. Natürlich kann der Ölpreis weiter steigen. Genauso gut ist auch ein Rückgang mit insgesamt konjunkturstimulierenden Effekten möglich. Zum anderen besteht hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen Potenzial nach oben:

- Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (2005) hat nach der Bundestagswahl ein Initialprogramm für eine neue Bundesregierung präsentiert. Ein Teil dieser Maßnahmen wurde in der Prognose unterstellt. Eine vollständige Übernahme der Vorschläge und die Einbettung in ein mittel- bis langfristiges Reformpaket würde bereits im nächsten Jahr die konjunkturelle Dynamik verstärken. Die neue Regierung hat die Chance, mit einem konsistenten und wachstumsorientierten Programm die wirtschaftspolitischen Weichen zu stellen.
- Dies setzt auch voraus, dass die allgemeine Wirtschaftspolitik einen Flankenschutz von der Geldpolitik erhält. Für die EZB entsteht erst im kommenden Jahr Handlungsbedarf für erste kleine Zinsschritte nach oben. Die aktuell hohen Inflationsraten bei den Konsumentenpreisen sind vor allem durch den Ölpreis und steuerliche Einmaleffekte getragen. Auch bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer steht die Notenbank nicht unter Druck. Die Kerninflationsrate signalisiert einen moderaten Preistrend, die Inflationserwartungen bestätigen die Glaubwürdigkeit der EZB.
- Zudem muss die Lohnpolitik ihren Weg beschäftigungsorientierter Abschlüsse und betrieblicher Differenzierung fortsetzen. Trotz der Entwicklungen in den letzten Jahren und bei aller Schwierigkeit der öffentlichen Vermittlung nehmen die Arbeitskosten je Stunde in Deutschland im internationalen Vergleich unverändert einen Spitzenplatz ein. Es wäre fatal, wenn in einem chancenreichen Umfeld bei den Arbeitskosten ein Rückschlag zu verzeichnen wäre.

Literatur

- Ahlert, Gerd, 2004, Die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen von sportlichen Großveranstaltungen, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse, Sonderheft, Nr. 3, Halle (Saale), S. 59–79
- Bandholz, Harm / Kramer, Marco / Koch, Alexander / Kubarych, Roger M. / Rees, Andreas, 2005, Abschied von alten Regeln: Ölpreis kein Konjunkturkiller, in: HVB Group Global Markets Research, Freitagspapier, v. 26.08.2005, München
- Bargel, Marco, 2005, FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006TM – Deutsche Wirtschaft steht als Gewinner bereits fest, in: Postbank (Hrsg.), Sonderthema: Fußball-Weltmeisterschaft 2006, Research Paper, Juli, Bonn, S. 2–3
- Boss, Alfred / Jannsen, Nils / Meier, Carsten-Patrick / Oskamp, Frank / Sander, Birgit / Scheide, Joachim, 2005, Exportlastige Konjunkturerholung in Deutschland, in: Die Weltwirtschaft, Heft 3
- Broadbent, Ben / Lopes, Inês Calado, 2005, Housing Cheap in Euroland and Cheaper in Germany, Goldman Sachs Economic Research, European Weekly Analyst, Nr. 05/39, v. 13.10.2005, London
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), 2005, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, Nr. 8, Nürnberg
- Ebner, Sandra, 2004, Rohöl: Ein Markt an der Kapazitätsgrenze, DekaBank Volkswirtschaft aktuell, v. 08.12.2004, Frankfurt am Main
- EZB – Europäische Zentralbank, 2005, Monatsbericht, September, Frankfurt am Main
- Fockenbrock, Dieter, 2005, Konzerne mit vollen Kassen, in: Handelsblatt, v. 26.09.2005, Nr. 185, S. 20
- Grömling, Michael, 2005a, Ölpreiswirkungen, in: Das Wirtschaftsstudium (WISU), Heft 7, S. 883
- Grömling, Michael, 2005b, Zur Interpretation von Leistungsbilanzsalden. Eine Fallstudie zum US-Leistungsbilanzdefizit, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium (WiSt), 34. Jg., Heft 4, S. 233–240
- Grömling, Michael, 2005c, Konjunkturprognosen – Verfahren, Erfolgskontrolle und Prognosefehler, Diskussionsbeiträge Volkswirtschaftliches Seminar Universität Göttingen, Nr. 123, Göttingen
- Hülkamp, Nicola / Koppel, Oliver, 2005, Deutschlands Position im Innovationswettbewerb – Ergebnisse des IW-Innovationsbenchmarks, in: IW-Trends, 32. Jg., Heft 3, S. 45–61
- iwd – Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, 2005, Ölpreis: Gedämpfter Schock, 31. Jg., v. 20.10.2005, S. 2
- IWF – Internationaler Währungsfonds, 2004, World Economic Outlook, September, Washington D.C.
- IWF – Internationaler Währungsfonds, 2005a, World Economic Outlook, September, Washington D.C.
- IWF – Internationaler Währungsfonds, 2005b, Global Financial Stability Report, September, Washington D.C.
- IW Köln – Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2005, Vision Deutschland – Was jetzt zu tun ist. Ein Reformkonzept für die neue Bundesregierung, Köln
- Kunkel, André, 2005, Kreditmarkt: besseres Angebot für das verarbeitende Gewerbe, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 17, S. 32–33

Naude, David, 2005, Euroland: Nachhaltiger Auftrieb der Immobilienpreise, in: Deutsche Bank Research, Ausblick – Konjunktur und Märkte, v. 05.08.2005, Frankfurt am Main

Rußig, Volker / Dorffmeister, Ludwig, 2005, Dreizehn Jahreseinkommen für ein Reihenhaus, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 13, S. 20–30

Schäfer, Holger, 2005, Zur Weiterentwicklung der sozialen Grundsicherung in Deutschland, in: IW-Trends, 32. Jg., Heft 3, S. 29–43

Schneider-Haase, Torsten / Haubner, Oliver, 2005, „Staat der Zukunft“, Ergebnisse einer Repräsentativbefragung, September, Gütersloh

Schröder, Christoph, 2005, Produktivität und Lohnstückkosten im internationalen Vergleich, in: IW-Trends, 32. Jg., Heft 3, S. 17–27

Statistisches Bundesamt, 2005, Öl und Gas kosten Privathaushalte dieses Jahr 6,8 Milliarden Euro mehr, Pressemitteilung, v. 19.09.2005, Wiesbaden

Weichselberger, Annette, 2005, Westdeutsche Industrie plant nach drei Jahren rückläufiger Investitionen für 2005 einen Anstieg von 4%, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 17, S. 25–31

Zimmermann, Volker / Schumacher, Jan, 2005, Unternehmensfinanzierung: Immer noch schwierig, aber erste Anzeichen einer Besserung, Frankfurt am Main

IW Economic Forecast for 2006: Much Uncertainty but Rising Potential

Growth remains slow in Germany. In 2006, real GDP will grow by 1.1 percent only. Exports will continue to be the main driver of the moderate recovery. Fortunately, the buoyant world economy and Germany's foreign trade will stimulate investment in plant and equipment and thus strengthen the potential for a more stable, self-sustaining upturn. Due to high energy prices and weak labor market performance private consumption will remain sluggish. The budget deficit is expected to fulfil the EU stability criteria. The main risks for the economic recovery will be world oil prices and uncertainty about Germany's upcoming political course. In addition, unions and employers should continue on the path of employment-friendly wage agreements with leeway for deviation at the plant level.

IW-Prognose für 2006

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2004	2005	2006
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	0,4	0,1	0,3
Arbeitslosenquote ¹⁾	10,1	11,0	10,9
Arbeitsvolumen	0,8	-0,7	-0,2
Produktivität ²⁾	0,9	1,4	1,3
BIP	1,6	0,7	1,1
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	0,6	-0,2	0,3
Konsumausgaben des Staates	-1,6	-0,8	-0,3
Anlageinvestitionen	-0,2	-0,5	1,5
- Ausrüstungen	2,6	5,0	5,0
- Sonstige Anlagen	1,8	3,0	3,0
- Bauten	-2,3	-4,8	-1,5
Inlandsnachfrage	0,6	0,0	0,4
- Export	9,3	5,3	5,0
- Import	7,0	4,0	4,0
BIP	1,6	0,7	1,1
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	1,6	1,9	1,7
Einnahmen und Ausgaben des Staates			
Ausgaben („Staatsquote“) ³⁾	46,9	46,5	45,9
Einnahmen ³⁾	43,2	42,6	43,0
Staatlicher Finanzierungssaldo ³⁾	-3,7	-3,9	-2,9

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

3) In Prozent des BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln